



Rundbrief

Mai 2020

Das alte System wurde gestoppt.
Höchste Zeit für eine bessere Zukunft!

Restart The World!

S. 2

Die Beinahe-Katastrophe
wegen Kürzungen von FPÖVP:

Die Lehre aus der Krise

S. 7

Nachdenkliches:

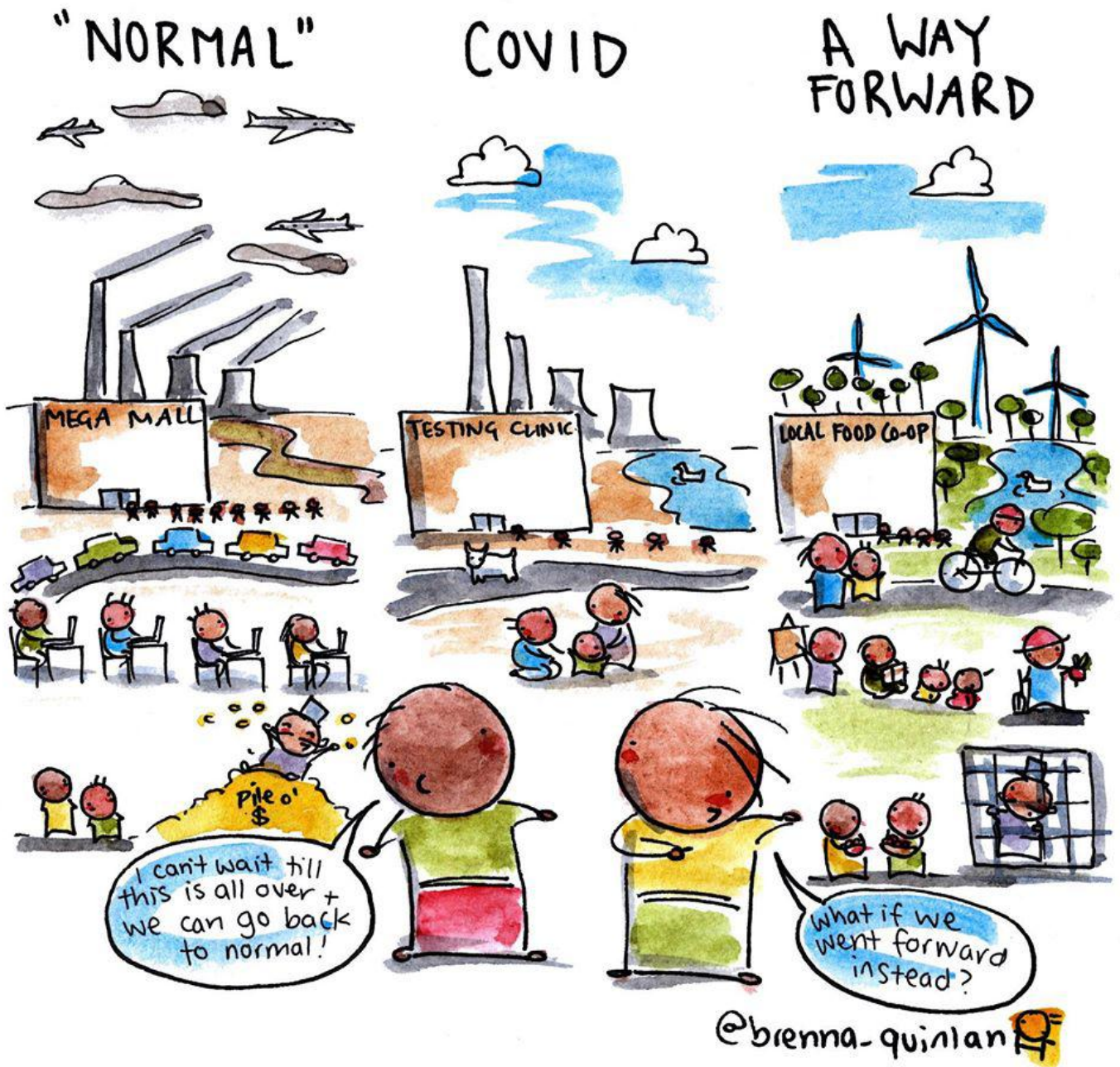
Internationaler Weltfrauentag

S. 9

ugoad.at



Unabhängige GewerkschafterInnen im Öffentlichen Dienst und in ausgegliederten Betrieben



Restart The World!



von Manfred Walter
Vorsitzender der UGÖD,
Betriebsrat der Johannes Kepler
Universität Linz

Vollbremsung.

Viele Staaten haben aufgrund der Leitlinie, dass der Schutz des Lebens über alle anderen Prämissen zu stellen ist, einen Lockdown vollzogen, den es in der Geschichte der Menschheit noch nicht gegeben hat. Um es ein bisschen salopper zu formulieren: Man hat eine Vollbremsung von 140 auf Schrittgeschwindigkeit hingelegt.

Chance auf besseren Neustart

Nun gilt es die Welt wieder neu zu starten, wieder so etwas wie Normalität einkehren zu lassen. Und doch stellt sich die Frage, wollen wir wirklich zurück zu den Gewohnheiten VOR Corona? Haben wir nicht erkannt, dass unsere Art zu leben auf Dauer nicht tragbar ist - weder für die Menschen, noch für die Welt, auf der wir leben? Wir benötigen dringend eine vollkommene Neugestaltung unseres Wertekatalogs. Wir müssen eine innere menschliche Revolution hin zu einer Akzeptanz der Unantastbarkeit des menschlichen Lebens und des Respekts vor der Natur vollziehen. Mehr dazu auf Seite 7.

Jetzt wäre die Möglichkeit den „Restart“ anders zu gestalten und neue an Stelle unserer gewohnten Wege zu gehen. Unsere Kinder und Kindeskindern werden es uns danken!

UGÖD: 30-Stunden-Woche! Kollektivverträge für alle!

Verdrängungswettbewerb bedeutet für die Betroffenen massiven Stress! Stress gefährdet die menschliche Gesundheit, daher fordern wir die Abschaffung der 60-Stunden-Woche und des 12-Stunden-Tages. Es ist höchste Zeit, eine wirkungsvolle und ökonomisch sinnvolle Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich sowie die Einführung der sechsten Urlaubswoche umzusetzen. Des Weiteren muss es endlich in ALLEN Branchen Kollektivverträge geben.

UGÖD: Mehr AMS-Geld! Leistbare Mieten!

Was uns die Corona-Krise auch gezeigt hat ist, dass unsere Nettoersatzrate im Falle der Arbeitslosigkeit viel zu niedrig ist.

In Wien beispielsweise wenden viele Menschen über 50% ihres Erwerbseinkommens für das Grundbedürfnis Wohnen auf. Bei einer Nettoersatzrate von 55% ist das Leben nicht mehr leistbar.

Daraus ergeben sich zwei weitere nachvollziehbare Forderungen:

.....
*Wir fordern 30 Wochenstunden bei vollem Lohn
und Mieten, die sich alle Menschen leisten können.*
.....

Wirtschaft: Ungerecht und instabil

Die Corona-Krise und die Folgen des Lockdowns haben uns aber auch gezeigt, dass die Wirtschaftskreisläufe ein höchst fragiles Gebilde sind, die bei geringsten Erschütterungen wie ein Kartenhaus in sich zusammenzufallen. Die massiven Ungleichheiten bei der Vermögensverteilung gefährden den sozialen Frieden.

Arbeit muss neu verteilt werden. Während manche Bereiche sprichwörtlich in Arbeit ersticken, herrscht in anderen Bereichen ein unwürdiger, unmenschlicher Verdrängungswettbewerb.

1. Erhöhung der Nettoersatzrate

Zum Einen fordern wir eine Erhöhung der Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld auf 80% des Durchschnitts des Einkommens während der letzten 3 Monate der Beschäftigung vor Arbeitslosigkeit (Notstandshilfe 75%).

2. Mietenreform

Und zum anderen brauchen wir unbedingt eine Mietenreform und sozialen und umweltschonenden Wohnbau. Die Sanierung alter Stadt- oder Dorfzentren muss Aufgabe des Gemeinwesens sein! Wir fordern Mieten, die sich alle Menschen leisten können.



Für viele berufstätige Frauen noch ein Wunschtraum:
Gleiches Geld für gleiche Arbeit.

UGÖD: Menschen mit Niedriglöhnen bilden und fördern!

Die Gefährdung durch das Corona-Virus und den darauf folgenden Lockdown unseres gesellschaftlichen Lebens haben die Defizite unserer Art zu wirtschaften und zu arbeiten auf dramatische Weise aufgezeigt. Defizite für die Umwelt, für die Ökonomie und schlussendlich für jeden einzelnen Menschen.

Um die Lebensqualität unserer Mitmenschen zu steigern und die prekäre Beschäftigung gänzlich aus unserem Leben zu verdrängen, müssen Menschen in Niedriglohnberufen mit kostenlosen Bildungsangeboten gefördert werden. Damit verbunden ist auch die Verbesserung der sozialrechtlichen Stellung von Ein-Personen-Unternehmen.

Regionale Kleinbetriebe unterstützen!

Die Sozialpartner müssen die Aufwertung der Arbeitskraft in die Einkommensentwicklung und Arbeitsbedingungen der nächsten Jahre als Ziel anstreben! Die Kontrollen durch Arbeitsinspektorate sind auszubauen und durch angemessene Strafen bis hin zum Gewerbeverbot muss Schwarzarbeit endlich unattraktiv oder in neuer Form legal gemacht werden.

Es darf nicht sein, dass einige Unternehmer*innen durch ihr Handeln den Ruf ganzer Branchen ruinieren. Dies mag für Gewerkschafter*innen ein wenig ungewöhnlich klingen, aber die Krise hat uns gezeigt,

dass das Rückgrat der inländischen Wirtschaft die Klein- und Mittelbetriebe darstellen. Ein großer Teil dieser Unternehmen kommt ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeiter*innen sehr verantwortungsvoll nach.

Frauen: Gleiche Rechte, Verträge, Löhne!

Selbstverständlich sind faire Löhne und Arbeitsbedingungen für Frauen im Erwerbsleben ein Kernpunkt unserer Forderungen. Unsere zahlreichen frauenpolitischen Forderungen findet ihr im Detail auf Seite 9.

UGÖD: Gesetze und Wirtschaft für das Gemeinwohl!

Was uns die Krise auch eindringlich vermittelt hat ist, dass der Markt bei weitem nicht alles regeln kann, wie uns seit Jahren von wirtschaftsliberalen Kreisen weisgemacht wird. Ganz im Gegenteil: bei jeder ökonomischen Krise ruft „der Markt“ nach der Gemeinschaft, die darauf folgend in einer gemeinsamen Anstrengung die Schieflage wieder beseitigen soll.

Um nicht wieder zu diesem Muster zurück zu kehren – ähnlich wie nach der Bankenkrise 2008 – fordern wir ein Umschwenken in der Wirtschaftspolitik vom profitorientierten Marktdiktat hin zu einer dem Gemeinwohl verpflichteten Wirtschaftsgesetzgebung.

Fordern wir, dass der Staat in eine sozial-ökonomische-ökologische Transformation unserer Wirtschaft investieren muss. Dies ist national wie auch EU-weit

Wir fordern endlich eine Gesetzgebung zum Wohl der Allgemeinheit und der Natur.



möglich, auch wenn wir in einigen Bereichen als Vorreiter*innen auftreten müssen. Biodiversität und Roadmaps zur Dekarbonisierung müssen hier ebenso entwickelt werden wie Auflagen für Betriebe, die im Zuge der „Rettung der Wirtschaft“ staatliche Mittel erhalten. Diese Auflagen müssen ebenso arbeitsrechtliche Aspekte beinhalten, wie sie auch ein starkes Augenmerk auf Umwelt- und Klimaschutz legen.

Begrüßenswert ist der breite Konsens, dass die Versorgungssicherheit Österreichs durch die Rückführung der Produktion von Gebrauchsgütern wieder im Lande, beziehungsweise innerhalb der Union, gewährleistet sein muss. Im Fall einer weiteren Pandemie kann im Extremfall die Abhängigkeit von globalen Märkten zu einem enormen Risiko werden. Soziale Regulierung fördert die Ernährungssicherheit, mehr regionale Eigenversorgung durch kleinteilige Landwirtschaft und regionale Wirtschaftskreisläufe. Modernste Technologien und Digitalisierung sind mit Klima- und Umweltschutz in Verbindung zu bringen.

Staat muss Grundversorgung gewährleisten

Institutionen der Grundversorgung MÜSSEN in öffentlicher Hand verbleiben. Wasser, Energie, Wohnen, Bildung, Gesundheit, Pflege sind nur einige Beispiele für staatliche Aufgaben! Wir fordern staatliche Investitionen in die Gesundheitsvorsorge, Gesundheits- und Pflegeberufe, Bildung, Forschung und Entwicklung.



Der Staat muss die Grundversorgung mit Wasser, Energie, Wohnen, Bildung, Gesundheit und Pflege gewährleisten. Denn private Konzerne arbeiten nur für ihre eigenen Profite.

Die Krise hat uns aber auch aufgezeigt, wie dünn die Decke der Zivilisation sein kann. Wie fragil und brüchig eine demokratische Ordnung sein kann. Das Beispiel Ungarn soll uns eine (un)heilvolle Warnung sein. Grundrechte werden angesichts krisenhafter

Entwicklungen von konservativen und rechten Kreisen gerne rasch in Frage gestellt. Achten wir unsere demokratischen Institutionen und stellen wir sicher, dass diese nicht in Frage gestellt werden können. Wir fordern demokratische Mitbestimmung über Sozial-, Wirtschafts- und Geldpolitik!

Demokratische Rechte sichern!

Kein Regieren mit Verordnungsvollmacht!

Bewegungs-, Versammlungs-, und Meinungsfreiheit sind hohe Güter einer liberalen Gesellschaft. Die meisten Bürger*innen nehmen kurzfristige Einschränkungen durchaus in Kauf, wenn sie begleitend entsprechend argumentiert werden und diese Einschränkungen ein absehbares Ende haben.

Die Masse und die Verdichtungen von Verschwörungstheorien im Zuge der Lockdown-Maßnahmen haben ein Ausmaß angenommen, das eine demokratische Ordnung gefährden kann. Ganz besonders dann, wenn auch parlamentarische Kräfte diese noch befeuern. Daher fordern wir, dass Weiterbildungsaktionen gestartet werden, um die Zivilgesellschaft in den Bereichen Informationsverarbeitung und Medienkompetenz zu stärken.

Soziales Netz ausbauen!

Das soziale Netz in Österreich ist stark und dicht aufgrund vielfältiger Einzelinitiativen. Dennoch gibt es immer wieder Menschen, die in echter Not und entwürdigender Armut landen. Die Aufgabe eines humanistischen Staates muss es aber sein, auch diesen Menschen wieder Perspektiven zu eröffnen und ein würdiges Leben zu ermöglichen. Hierzu gehören unter anderem niederschwellige und rund um die Uhr zugängliche Obdachloseneinrichtungen.

Tourismus und Gastronomie, Baustellen, Privathaushalte, Erntearbeit, Paketdienste, Abwäscher*innen und zahlreiche andere Berufsfelder sind in starkem Ausmaß nur durch nicht dokumentierte Arbeitnehmer*innen aktiv – dieser Missstand ist über den vollen Arbeitsmarktzugang für alle konsequent abzustellen.

Gesundheitsversorgung darf nicht mit der Feststellung des Aufenthaltstitels verknüpft sein. Österreich

darf sich keine nicht versicherten Menschen leisten, sonst haben wir in Zukunft keine Chance, Pandemien wirksam zu bekämpfen. Auch Kinder müssen ihre eigene Krankenversicherung haben!

Ebenso fordern wir humanitäre Hilfe und eine menschenwürdige Aufnahmepolitik an Stelle von Gewalt an den Grenzen Österreichs und der Europäischen Union! Forcieren wir EU-Kooperation an Stelle von Militarisierung und eine Eindämmung der Freihandelsbeziehungen, die zu „Land Grabbing“ und Rohstoffraub in außereuropäischen Staaten führen.

Lange genug wurde der Irrglaube verbreitet, dass auch Erben eines kleinen Einfamilienhauses oder Personen mit geringen Sparguthaben betroffen wären. Doch sie sind durch klare Untergrenzen gut geschützt.

Zur Finanzierung staatlicher Leistungen wird auch eine angemessene Konzernbesteuerung notwendig sein. Wenn ein großer internationaler Kaffeekonzern in diesem Land weniger Steuern abführt als ein/eine durchschnittliche/r Arbeiter*in, dann ist das nicht zu akzeptieren.

Wenn ein großer internationaler Kaffeekonzern weniger Steuern zahlt als eine Arbeiterin, dann ist das nicht zu akzeptieren.

Millionäre und Großkonzerne endlich besteuern!

Das alles kostet Geld. VIEL Geld.



Geld ist genug vorhanden. Es muss nur gerechter verteilt werden.

Denn 1% der Menschen in Österreich besitzen 40% des Geldes. Hier läuft steuergesetzlich etwas falsch.

Diese Mittel können zum Teil durch das Wiedererstarken der Nachfrage über Mehrwertsteuern aufgebracht werden. Es ist aber höchste Zeit, dass ebenso große Vermögen ihren Anteil an der Sicherung der staatlichen Leistungen beitragen.

Wir fordern die progressive Versteuerung von Erbschaften, Stiftungen und Kapital über einer Million Euro.

Hierzu fordern wir entsprechende Schritte in Österreich und der Europäischen Union um Steueroasen auszutrocknen und undurchschaubare Konzernkonstrukte durch entsprechende legislative Schritte zu verhindern.

Jetzt ist auch der richtige Zeitpunkt, um Finanzmärkte in ihrer Aktionsfreiheit zu begrenzen. Die Finanzierung von Staaten muss spekulativen Finanzmärkten entzogen werden! Wenn Finanzmärkte nicht in das reale Wirtschaftsleben passen, dann müssen sie sich durch einen intelligenten Ansatz von Finanztransaktionssteuern selbst abschaffen, selbst ad absurdum führen. Diese Maßnahme würde bewirken, dass Kapital von der spekulativen Finanzwirtschaft wieder in die Realwirtschaft zurückfließt, was wiederum mehr Investitionen und dadurch auch wieder mehr Steueraufkommen bedeuten würde.

Der Staat als Solidargemeinschaft:

Ein gutes Leben für alle ist längst möglich und finanzierbar!



[ugoed.at/restart-the-world](https://www.ugoed.at/restart-the-world)



Die Lehre aus der Krise

Lebensgefährliche Herausforderungen

Wir erleben eine Pandemie weltweiten Ausmaßes, die für Millionen von Menschen unsägliches Leid und Einschränkungen mit sich bringt. Bestimmte Berufsgruppen – allen voran die im Gesundheitswesen Beschäftigten – stehen vor grenzwertigen und lebensgefährlichen Herausforderungen, andere wiederum vor dem Nichts und fassungsloser Unsicherheit, wenn nicht Hoffnungslosigkeit.

In Österreich kann mit Stolz darauf verwiesen werden, dass viele Beschäftigte des öffentlichen Dienstes Großes leisten um die Versorgung des Landes zu gewährleisten.

Die enorme Leistungsbereitschaft, viele unter großem Druck beschlossene Notmaßnahmen und vereinzelte Hilfeleistungen über Nationalgrenzen hinweg, all das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es schon zu Beginn der Krise zu bemerkenswerten Pannen kam. Fehlende Schutzkleidung für medizinisches Personal und unzureichende Versorgung der Bevölkerung mit Hygieneartikeln hätte man in der hochindustrialisierten zivilisierten Welt nicht für möglich gehalten.



von **Stefan Schön**

Pressesprecher des Verbands des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals der österreichischen Universitäten (ULV),

Stv. Vorsitzender der Universitätengewerkschaft in der Gewerkschaft öffentlicher Dienst, Vorsitzender des Betriebsrats für das wissenschaftliche und künstlerische Personal an der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien

Ein Virus führt uns exemplarisch die Folgen entgleiseter Austeritätspolitik vor Augen und auch das Defizit derer, die beim Anfertigen von Masken im Fach Textiles Gestalten nicht aufgepasst haben.

UGÖD: Mehr Budget für universitäre Forschung

Wie gehen Universitäten mit solchem Bedarf zur Veränderung um?

Die Universitäten sollen den Staat unterstützen und die Agenda der Third Mission erweitern, damit die globalisierte Abhängigkeit zu Gunsten einer regionalisierten Wirtschaft weichen kann. Aktuell sollten Initiativen gestartet werden, mit welchen die gedankenlose Digitalisierung durch digitale Unabhängigkeit und Verantwortung ersetzt werden kann. Aus den genannten Gründen müssen ohne Aufschub neue Forschungsfelder erschlossen, Transdisziplinarität erhöht und die dafür erforderlichen Studienplanerweiterungen vollzogen werden.

Die Arbeitsbedingungen für das Personal der Universitäten müssen deutlich verbessert werden, sozial vertretbare Anstellungsverhältnisse angeboten und forschungsgeleitete Lehre fair entlohnt werden, ins-

die erforderlichen Impulse in Lehre und Forschung gewiss nicht umsetzen. Vielmehr bedarf es offensiver Investitionen in die Universitäten und deren Personal, mit dem Leistungs- und Forschungsfelder weiterentwickelt und erschlossen werden können.

Beinahe-Katastrophe wegen der Kürzungen durch FPÖVP

In den letzten drei Jahrzehnten musste sich auch das Personal medizinischer Fakultäten und Universitäten gegen rigorose Sparpläne zur Wehr setzen. Vor nicht einmal zwei Jahren forderten ÖVP und FPÖ von der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt Einsparungen, die fast zur Schließung zweier großer österreichischer Spitäler geführt hätten.

Das knappe Vorbeischrammen an einer Situation der Triage* in unserem Land und die dramatische Situation in unserem südlichen Nachbarland führen uns die tödliche Gefahr von Verantwortungslosigkeit drastisch vor Augen.

Um solchen Fehlentwicklungen wirksam zu begegnen, braucht unser gesamtes Bildungssystem einen Investitions- und Innovationsschub, Öffnung, Wertschätzung und Anerkennung. Auf diese Weise fördern

.....
*Die Arbeitsbedingungen für das Personal der Universitäten
müssen deutlich verbessert werden.*
.....

besondere der Arbeitsaufwand der Gruppe der LektorInnen sollte deutlich höher vergütet werden als bisher. Grundsätzlich befürworteten wir die Bemühungen zur Schadloshaltung der Studierenden bis hin zur Schaffung eines „neutralen“ Semesters. Dennoch darf der durch Umstellung auf Distanzlehre und voraussichtliches Nachbringen bzw. Wiederholung von Lehre in der sonst unterrichtsfreien Zeit erforderliche Mehraufwand für das Lehrpersonal nicht übersehen werden.

Doppelt geleistete Arbeit und in der unterrichtsfreien Zeit erbrachte Leistung muss abgegolten werden. Mit der Politik fortgesetzter Sparprogramme lassen sich

wir die Heranbildung von kritikfähigen und eigenständig denkenden Menschen, ohne die sich Krisen dieser Größenordnung und selbst kleinerer Ausprägung nicht bewältigen lassen.

Wem jetzt qualifiziertes Nachdenken und Forschen nichts wert ist, der wird nicht nur an der Bewältigung der anhaltenden, sondern auch an den notwendigen Vorkehrungen vor weiteren Pandemiewellen scheitern.

**Triage: Einteilung, Kategorisierung von Patienten nach der Dringlichkeit und dem voraussichtlichen Erfolg der Behandlung*



[ugoed.at/die-lehre-aus-der-krise](https://www.ugoed.at/die-lehre-aus-der-krise)



Nachdenkliches zum Weltfrauentag

Am 19. Februar 2000 [ich habe mich NICHT vertippt bei der Jahreszahl] haben sich viele Menschen am Heldenplatz und am Stephansplatz versammelt, weil ihnen die Angelobung einer schwarz-blauen Regierung in Österreich nicht gefiel. Johanna Dohnal hat damals die versammelten Menschen mit folgenden Worten begrüßt:

„Liebe sozialschmarotzende Notstandshilfebezieherinnen, (...) verantwortungslose berufstätige Mütter, pensionsgekürzte Frühpensionistinnen, staatskeimzellenzerstörende Alleinerzieherinnen, (...) und weit unter den Männerlöhnen verdienende, unanständige und faule Frauen, instrumentalisierte Schülerinnen und im Faulbett der Subventionen liegende Künstlerinnen!“



von Beate Neunteufel-Zechner
Vorsitzende der UGÖD,
Betriebsratsvorsitzende der
Österreichischen Nationalbibliothek

Heute, 20 Jahre und eine weitere schwarz-blaue Regierung später werden noch immer Frauen angefeindet, weil oder wenn sie nicht in Abhängigkeitsverhältnissen leben wollen. Viele Österreicherinnen und Österreicher behaupten, dass sie Feministinnen und Emanzen nicht ausstehen können, weil es doch den Frauen in Österreich eh so gut gehe.

Wir brauchen eine neue Definition von VOLLZEIT!

Fast 50% der berufstätigen Frauen in Österreich können nur in Teilzeit arbeiten, weil keine anderen Stellen ausgeschrieben werden. Derartige Stellenangebote stellen die vorweggenommene Familienfreundlichkeit eines paternalistischen Wirtschaftssystems dar, dem Regierungen zuarbeiten müssen, damit sie nicht den Wettbewerb um den Wirtschaftsstandort gefährden.

Frauen: 20% weniger Lohn als Männer

Frauen verdienen jetzt im Jahr 2020 im österreichischen Durchschnitt noch immer um mehr als 20 Prozent weniger als Männer und steuern vielfach trotz Berufstätigkeit auf die Armutsgefährdung im Alter zu – vor allem dann, wenn sie unabhängig und allein leben wollen.

Betrachte ich die andere Hälfte der berufstätigen, also die vollzeitbeschäftigten Frauen in Österreich, so kann ich unter anderem auch für mich selber feststellen: beamtete Frauen sind zwar mit ihren männlichen Kollegen beim Pensionsantrittsalter (65 Jahre) gleichgestellt, aber auch im öffentlichen Dienst gibt es noch immer eine Lohnschere mit cirka 10 Prozent zu Ungunsten der Frauen. Zwar wird gleiche Leistung im öffentlichen Dienst gleich bezahlt, aber eine unsichtbare gläserne Decke behindert noch immer die Aufstiegschancen von Frauen im öffentlichen Dienst.

Niedrigere Preisgelder für Sportlerinnen

Noch viel krassere Gehaltsunterschiede gibt es, wenn wir Frauen und Männer in den gleichen Sportarten miteinander vergleichen. Erfolgreiche Fußballerinnen oder Skispringerinnen gibt es zwar, aber sogenannte Transferpreise werden nur von männlichen Sportstars genannt und besprochen. Auch bei den Preisgeldern sind gravierende Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Sportler*innen feststellbar. Wie ungleich aus Gendersicht Fördermittel im österreichischen Sport verteilt werden, liegt möglicherweise auch daran, dass wir noch nie eine öster-

reichische Sportministerin hatten – oder irre ich mich? Da tut sich auf jeden Fall ein weites Feld für Veränderungen zugunsten von Frauen auf, wenn nicht die durchaus angestrebte Gleichstellung in eine ferne Zukunft verlegt werden soll.

ÖGB: 35-Stunden-Woche stärkt Frauen

Die ÖGB-Frauen wollen sich im Jahr 2020 mit der Teilzeitbeschäftigung von Frauen in Österreich intensiv beschäftigen. Die Kollektivvertragsverhandlungen der Sozialwirtschaft in Österreich stocken gerade wegen der Forderung einer 35-Stunden-Woche für in der Pflege beschäftigte Menschen – überwiegend Frauen. Der ÖGB hat dieser Beschäftigtengruppe die Streikfreigabe erteilt.

Im öffentlichen Dienst gibt es auch Beschäftigte in der Pflege, nicht nur deshalb haben die Unabhängigen Gewerkschafter*innen im öffentlichen Dienst ihre Solidarität mit den streikenden Kolleg*innen in den Gewerkschaften GPA-djp und vida erklärt.

Wirtschaftskammer: „Österreichs Untergang“

Der Wirtschaftskammerpräsident Dr. Harald Mahrer, der Anfang März erstmals gewählt werden will, be-

Uschi Göttl (UGÖD) und Reinhart Sellner (GÖD) sind gegen den 12-Stunden Rahmenarbeitstag.



ugod.at/die-lehre-aus-der-krise

*„Es gibt Menschen, die im Volk die absolute Mehrheit stellen
und im Parlament die wenigsten Sitze haben.
Fragen Sie die Männer, warum.“*

Johanna Dohnal (1939 - 2010)

hauptet, dass im Fall einer Arbeitszeitverkürzung Österreich untergehen wird im wirtschaftlichen Wettbewerb der Länder aller Welt – „dann geht das Licht aus in Österreich“, so seine apokalyptische Vision. Das ist natürlich Blödsinn.

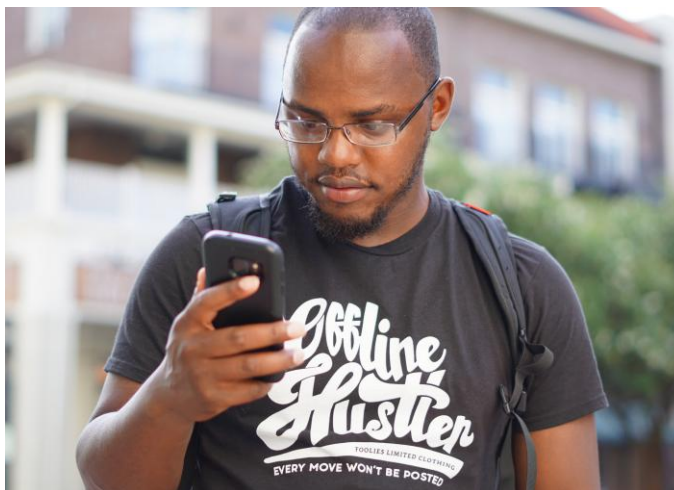
AMS-Bewerbungen werden ignoriert

Der WKÖ-Chef und Multifunktionär Mahrer behauptet auch, dass es in Wien viel zu viele Arbeitslose gebe, während im österreichischen Westen Arbeitskräfte für den Tourismus gesucht werden.

Meine Erfahrung ist eine andere: Das AMS hat z.B. meinem farbigen Partner im vergangenen Jahr viele Stellenausschreibungen von westösterreichischen Tourismusbetrieben vorgelegt. Er hat sich um jede dieser freien Stellen beworben, aber niemand hat ihn genommen. Lediglich eine Einladung von einer Tiroler Pension haben wir(!) erhalten: „*Kommen Sie doch als Ehepaar zu uns auf Urlaub...*“, quasi unter dem Motto: „Dann werden wir schon sehen, ob Sie zu uns passen...“

Um im Jargon von österreichischen Politiker*innen zu bleiben, ist das ein „Einzelfall“.

Bis heute gibt es Tiroler Dorfbewohner, die noch nicht gemerkt haben, dass es auch gebildete „Ausländer“ gibt.



Frauen im aktuellen Regierungsprogramm?

Frauenpolitik ist Gleichstellungspolitik – und um unsere Fortschritte darin beweisen zu können, nehmen wir nun doch an der europaweiten Zeiterhebungsstudie oder Zeitverwendungsstudie teil. In dieser Art von Studie wird über einen längeren Zeitraum erhoben, wofür Männer und Frauen Tag für Tag ihre Zeit verwenden. So eine Studie wurde in Österreich zuletzt in den Jahren 2008/2009 durchgeführt und führte zu dem Ergebnis, dass Frauen mehr unbezahlte Arbeit leisten als Männer.

Salzburg: Zwei Frauenhäuser sollen privatisiert werden

Die neue türkis-grüne Regierung hat vor, Gewalt gegen Frauen mit einem nationalen Aktionsplan und mit bloß 2 Millionen Euro mehr im Budget der Frauenministerin zu bekämpfen.

Das Land Salzburg schreibt zwei Frauenhäuser EU-weit neu aus, was einer Privatisierung gleichkommt. Damit werden bestehende und autonome Strukturen zerschlagen. Eine meiner ersten Assoziationen dazu ist: es gibt auch einen nationalen Aktionsplan für Barrierefreiheit – und ich meine, dass ich mich gut daran erinnern kann, dass das Land Salzburg diesen einschränken wollte, weil die Umsetzung von Barrierefreiheit in öffentlichen und privaten Bauwerken einfach viel zu „teuer“ und somit „unwirtschaftlich“ sei.

Undurchschaubares Fremdenrecht

Es gibt auch einen nationalen Aktionsplan für Integration, dessen Umsetzung bislang dazu führt, dass Fremde in Österreich in einem Dschungel aus Fremdenrechtsbestimmungen untergehen. Keine Seite der Integration wird gefördert - weder der gute Wille der

österreichischen noch die Bemühungen der zugewanderten Bevölkerung. Wer nicht die Augen zumacht, der wird sie kennen: die Bilder vom östlichen Mittelmeer und von griechischen Inseln oder aus dem Nahen Osten, wo Frauen und Kinder am meisten darunter leiden, dass wir unseren Einsatz für Menschenrechte aufgegeben haben, weil uns Politiker*innen dafür „mehr Sicherheit“ versprechen. Virginia Woolf schrieb: Als Frau hab ich kein Land, als Frau brauch' ich kein Land, als Frau ist mein Land die ganze weite Welt.

Gleichstellung, bitte warten

Eine internationale Studie bescheinigt Österreich im Jahr 2017, dass wir erst in 170 Jahren Gendergerechtigkeit erreichen werden. Es könnte aber aus meiner Sicht doch wesentlich schneller gehen.

Ein Vorschlag: Wie die technische Prüfstelle, die Gesetze auf ihre technische Tauglichkeit überprüft, fin-

de ich, sollten wir in Österreich die Einrichtung einer von gesetzgebenden Körperschaften unabhängigen Stelle fordern, die neue Gesetze und Verordnungen in Österreich auf ihre möglichen und nachweisbaren Auswirkungen auf Frauen und Kinder überprüft – mit einer Verpflichtung zur regelmäßigen Veröffentlichung von Berichten zur frauenfördernden oder -hemmenden Wirkung von Gesetzen.

Mutige Vorkämpferin: Johanna Dohnal

Am 14.2.2020 startete ein neuer Dokumentarfilm in den österreichischen Kinos, der nicht einmal zu einem Drittel mit österreichischen Fördermitteln unterstützt wurde:

Die Dohnal
Frauenministerin / Feministin / Visionärin
film.at/die-dohnal

Join the union to change the union!



Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller:

Bundesleitung der UGÖD, Belvederegasse 10/1, A-1040 Wien
Fax: (01) 505 19 52-22, office@ugoed.at

Vorsitzende:

Beate Neunteufel-Zechner, Manfred Walter

Offenlegung laut Mediengesetz laut §25, Absatz 2:

Medieninhaber (Verleger) sind die Unabhängigen Gewerkschafter/innen im Öffentlichen Dienst (UGÖD). Die UGÖD ist ein eingetragener Verein (ZVR-Zahl 126495968).

Offenlegung laut Mediengesetz laut §25, Absatz 4:

Die Blattlinie entspricht den Vereinszielen der UGÖD gemäß Vereinsstatut.

Verweise und Links:

Die UGÖD hat keinerlei Kontrolle über die Webseiten Dritter und die dort angebotenen Informationen, Waren oder Dienstleistungen. Die UGÖD übernimmt daher keinerlei Verantwortung, aus welchem Rechtsgrund auch immer, für den Inhalt der Webseiten Dritter.

Bildmaterial:

Falls nicht explizit anders gekennzeichnet: UGÖD, UG, wikimedia.org, pixabay.com, freeimages.com, clipdealer.de, eigenes Material